

Anmerkungen zur Studie „EFBI Policy Paper 2023-2: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie“ der Universität Leipzig

Ich habe die Studie der Uni Leipzig zu autoritären Dynamiken und der Unzufriedenheit mit der Demokratie in den neuen Bundesländern (sog. EFBI Policy Paper)¹ gelesen, um mir nach den AfD-Erfolgen der letzten Tage und den aktuellen Wahlprognosen ein realitätsnahes Bild zu machen. Die Studie ist hochinteressant und sehr empfehlenswert für alle, die sich für das Thema ernsthaft und fundiert interessieren. Aus Sicht einer Expertin für Handeln und Entscheiden in Ungewissheit gibt sie wichtige Erklärungsansätze, und ich konnte Hinweise auf Lösungsideen ableiten. Hier in Kürze meine Interpretationen und Hypothesen. Ich empfehle auch dringend, das gesamte Policy Paper zu lesen.

Die Studie macht die Gründe deutlich, die zur Wahl der AfD in den neuen Bundesländern führen. Für mich erstaunlich sind das keinesfalls mehrheitlich Protestaspekte (wie die kürzliche Befragung für ganz Deutschland nahelegte), sondern es gibt eindeutige Identifikationsfaktoren der Menschen mit Ideen und Vorgehen der AfD, deren Potential noch lange nicht ausgeschöpft ist, worauf diese Studie auch warnend hinweist.

- Die Erfahrungen, die in der Wende gemacht wurden, sind offensichtlich nicht positiv besetzt. Die Studie liefert dafür viele Hinweise.

Insofern verwundert es mich nicht (mehr), dass diese Erfahrungen offensichtlich auch nicht als Ressource für die nun anstehenden Veränderungen wahrgenommen werden. Stattdessen sind aufgrund dieser Bewertung der damaligen Erfahrungen Angst und Festhalten am bisher Erreichten normale (also übliche) Konsequenzen im menschlichen Verhalten. Diese verstärken sich in Krisen und erklären eben auch Effekte wie Fremdenfeindlichkeit, Verschwörungstheorien, Aggression.

- In den neuen Bundesländern gibt es dabei eine ausgeprägte Sorge vor Wohlstandverlust, wohingegen der eigene persönliche Wohlstand offensichtlich keinen direkten negativen Einfluss auf rechtsextreme Tendenzen hat. Das bietet auch eine Erklärung für den scheinbaren Widerspruch zwischen Wohlstand und Landrats-Wahlergebnis in Sonneberg. Es scheint also die Angst, nicht die Realität, die zur Wahl der AfD beiträgt.
- Die Sehnsucht nach Klarheit und Stärke wird in der Studie deutlich, dies drückt sich u.a. im Wunsch nach einer starken politischen Führung als auch im Wunsch nach einem starken Deutschland.

In den letzten Jahren wird immer erkennbarer, dass unser Leben nicht gewiss planbar und aus der Vergangenheit ableitbar ist, sondern durchaus relevante unerwartete oder einschneidende Ereignisse auftreten (u.a. Pandemie, Klimawandel). Damit verbunden nehmen die Unsicherheiten der Menschen zu. Das ist eine Tendenz, die bereits während der Pandemie sehr deutlich zu beobachten war. Scheinbare Kontrolle über die Zukunft geht verloren, Menschen verbinden damit den Verlust von Sicherheit. Es lässt sich vermuten, dass für diese wegbrechende Sicherheit Ersatz beim „starken Mann“ und dem Festhalten an den die eigene Identität prägenden Werten

¹ <https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-2-autoritaere-dynamiken-und-die-unzufriedenheit-mit-der-demokratie.html>

gesucht wird.²

- Um seine Identität zu wissen, ist wichtig für die eigene Persönlichkeit und auch für staatliche Gemeinschaften. Aus der Studie leite ich ab, dass Identität offensichtlich schwerpunktmäßig über zwei Aspekte definiert wird. Das ist zum einen wirtschaftlicher Wohlstand mit Wachstum. Zum anderen ist es ein konservatives Deutschtum, wichtig dabei auch, dass Deutschland weltweit eine herausragende Rolle spielt.
Durch not-wendige Veränderungen insbesondere aufgrund der Klimakrise, durch die Flüchtlingsthematik und auch durch den demografischen Wandel, werden diese, die Identität prägenden Aspekte, deutlich in Frage gestellt.

Dies betrifft insbesondere unseren (wohlständigen) Lebensstil sowie wirtschaftliche Wachstumsannahmen, die durch den Umstieg auf erneuerbare Energien, Konsumreduktion, Verzicht auf Reisen, Veränderungen von Essgewohnheiten gefährdet scheinen.

Auch der Wunsch nach einem starken und weltweit führenden Deutschland ist in der Erhebung sehr deutlich erkennbar. Hier kann ich nur spekulieren, was diesen Wunsch befeuert. Ein Aspekt ist vermutlich, dass man sich in einem „wichtigen“ Staat sicherer und vor allem auch bedeutender fühlt. Die Psychotherapeutin Verena Kast sagte dazu in einem ihrer Vorträge, dass Menschen ein Bedürfnis nach Bedeutung innewohnt oder wie sie formulierte „jeder hat den Wunsch irgendwo der Größte zu sein“.

Meines Erachtens hat Angela Merkel diesen Wunsch noch sehr gut bedient, auch war sie dem Wachstumsgedanken der Wirtschaft verbunden. Die neue „grüne“ Identität bedient diese Aspekte beide nicht ausreichend (auch wenn es von Seiten der Realos Versuche gibt, zumindest den Wachstumsgedanken aufrecht zu erhalten) und ist offensichtlich aktuell daher nicht erstrebenswert, ja nicht einmal anziehend.

Für mich steht dazu im Widerspruch, dass die durchaus relevante Beteiligung von Deutschland an der Unterstützung der Ukraine gerade auch in den neuen Bundesländern keine Begeisterung hervorzuruft. Ob das so ist und welche Gründe es hätte, dafür konnte ich in der Studie keine Hinweise finden.

- Es ist in der Studie eine Tendenz zu mangelhafter Selbstwirksamkeit bis hin zu gefühlter politischer Ohnmacht erkennbar.

Das ist aus psychologischer Sicht fatal, denn es verhindert die Nutzung der eigenen Ressourcen, kann traumatisierend wirken und (damit) zu Depression oder Aggression führen. In einer Zeit des Wandels braucht es hingegen Bewusstheit der eigenen Ressourcen sowie auch deren konkrete Aktivierung. Ansonsten wird der Wandel noch unsicherer und Angst machender wahrgenommen. Das scheint aktuell ein sich verstärkender Teufelskreislauf und die emotionale Betroffenheit mit möglichen Folgen wie Depression und Aggression nimmt zu.

² Die nicht ausreichende Diskussionen und Betonung der wichtigen Rolle eines starken Ichs gerade in Umbruchszeiten beobachte ich auch in vielen aktuellen Diskussionen um neue Führung. Der Fokus beim Thema Sicherheit wird immer wieder und leider oft fast ausschließlich auf die Führungskraft gerichtet (Stichwort psychologische Sicherheit) und damit auf das Außen/die Umwelt statt auf die Stärkung des individuellen Selbstvertrauens, also das Innen.

- Der Studie ist zu entnehmen, dass Demokratie als politische Gesellschaftsform grundsätzlich begrüßt wird, die Erwartungen an eine solche scheinen hoch und werden durch das reale Leben in der Bundesrepublik enttäuscht.

Als Projektleiterin sehe ich das insbesondere als eine Folge mangelhaften Erwartungsmanagements nach der Wende bis heute.

- Immer wieder höre oder lese ich in Diskussionen oder Posts den Begriff „Klima-Diktatur“, wenn es um von den Grünen initiierte Maßnahmen oder Ideen geht. Grünen sowie Klima-Aktivisten werden ideologische Motive bei ihrer Arbeit unterstellt. Diese Zuschreibung konnte ich in den Zahlen zu Parteien nicht erkennen, eher im Gegenteil. Nach meiner Einschätzung handelt es sich hier vielmehr um eine Projektion, die die eigene „Sehnsucht nach klarer Vorgabe und dem sog. starken Mann“ auf andere Menschen projiziert, die für Wandel stehen.

Der Vorwurf der „Klima-Diktatur“ scheint auf den ersten Blick im Widerspruch zum Wunsch nach Klarheit und der Aussage der Studie, dass Diktatur in schwierigen Situationen bei einem hohen Prozentsatz der Befragten Akzeptanz findet – also müsste die Vorgabe-Orientierung mancher Klima-Aktivisten eigentlich positiv gesehen werden. Die von diesen propagierten Maßnahmen sind aber nicht in Einklang mit dem die Identität prägenden Kriterium für Wohlstand durch Konsum und wirtschaftliches Wachstum. Die Inhalte von Klima-Politik werden medial sogar oft als Gefahr für unseren Wohlstand inszeniert, so dass hier eher der ideologisch-diktatorische Projektionsaspekt zum Tragen kommen dürfte.

Viele dieser genannten Faktoren gelten auch in den alten Bundesländern, sind aber vermutlich aufgrund der Historie weniger ausgeprägt (noch), und die gefühlte Sicherheit ist etwas stabiler, weil die Identität nicht so abrupt, sondern durch einen längeren gesellschaftlichen Diskussionsprozess entstanden ist. Aber auch in den alten Bundesländern ist die Erosion der Identität durch Flüchtlingskrise und Klimawandel spürbar, ebenso wie die Zunahme von Ohnmachtsempfinden und einer gefühlt abnehmenden Selbstwirksamkeit in der Gestaltung von Zukunft. Auch hier ist ein Zusammenhang mit fehlendem Bewusstsein für die eigenen Ressourcen zu vermuten. Ein weiterer negativer Effekt ist, dass man sich auch überschätzen kann, wenn das Bewusstsein für die eigenen Ressourcen fehlt. Diesen Effekt sehen wir an so mancher Stelle in ganz Deutschland, Fußball kann dafür sinnbildlich stehen wie auch so manche virtuelle Stammtischdiskussion in der Pandemie.

Bei den jüngeren Generationen zwischen 30 und 60 beobachte ich hohe Erwartungen an einen zukünftigen, konsum-orientierten Lebensstil, auch hier scheint mir Erwartungsmanagement durch uns ältere und die Medien die wesentliche Ursache, ebenso wie die mangelhafte Vorbildfunktion.

Es scheint also eher eine Frage der Zeit, wann sich die rechtsextremen Tendenzen in den alten Bundesländern in ähnlich bedrohlicher Form wie in den neuen Ländern zeigen. Eine vergleichbare Studie wie die aus Leipzig für die alten Bundesländer wäre wünschenswert, um die Ist-Situation zu analysieren und Hypothesen zu veri- oder falsifizieren.

Demokratisch legitimierte, politische Führung hat das Dilemma, einerseits gestalten zu müssen und auch zu sollen, andererseits erlauben die aktuellen Ängste in der Bevölkerung wenig Handlungen in eine neue Richtung, die dem Klimawandel angemessen gerecht würde. Beispielhaft dafür ist die Diskussion um das GEG, die allerdings zusätzlich auch handwerkliche Mängel in Kommunikation und Verständnis der Lebensrealitäten aufweist. Dieses Dilemma, mit dem jede Partei auf eine sehr eigene Art und Weise umzugehen versucht und das in den Parteien auch zu Richtungsstreitigkeiten führt

(weniger in der AfD, die Klimawandel nicht als Bedrohung unserer Existenz sieht), muss dringend gelöst werden, um rechte Tendenzen zu verhindern- und auch Radikalisierung im Klima-Aktivismus.

Erste Lösungsideen

Lösungen müssen meines Erachtens insbesondere das Thema „gefühlte Sicherheit“ adressieren, die erforderlich ist, damit Menschen sich mit den anstehenden Transformationen und Veränderungen (Klimawandel, Flüchtlingsthematik, Digitalisierung) konstruktiv und aktiv auseinandersetzen, dementsprechend auch handlungsfähig sind und damit der rechten Propaganda mit ihrem falschen Sicherheitsversprechen den Nährboden entziehen. Der Aufbau einer solchen Sicherheit muss auf allen Ebenen der Gesellschaft erfolgen, vom einzelnen Bürger bis zur politischen Führung und der Gesellschaft als Ganzes.

Dabei sehe ich folgende Maßnahmen als besonders relevant an:

- Wir müssen als Gesellschaft dringend an Kompetenzen für Ungewissheit arbeiten (Handeln und Entscheiden in Ungewissheit, also bei Kontrollverlust im Außen). Dabei handelt es sich um Kompetenzen jedes Einzelnen, die wir gesamtgesellschaftlich fördern müssen. Dazu zählen innere Stabilität als Grundlage für gefühlte Sicherheit, eine Bewusstheit für sich und die eigenen Fähigkeiten/Ressourcen (Selbstbewusstsein im Sinne des Wortes), verbesserte Wahrnehmung durch Achtsamkeit und Entschleunigung im Alltag (bei den anstehenden Veränderungen zum Klimawandel ist Entschleunigung leider nicht mehr möglich). Und wir müssen an gegenseitigem Vertrauen arbeiten, um die Ungewissheit als Gemeinschaft zu meistern.³
- Wir müssen als Gesellschaft die positiven Erfahrungen und Ergebnisse bei der Wiedervereinigung in den Fokus nehmen und Ressourcen daraus ableiten. Hierzu brauchen wir sowohl Wissenschaft (Studien, psychologisches Wissen) als auch Kommunikation (Medien). Diese Ressourcen gilt es zu re-aktivieren und zu trainieren, einzeln und als Gesellschaft.
- Wir brauchen dringend eine gesellschaftliche Diskussion, wie eine neue bundesdeutsche Identität aussieht. Was sind unsere Werte jenseits von Wirtschaftswachstum und „Deutschtum“? Was aber auch sind unsere Grenzen in Humanität und Toleranz?⁴

Unsere Diskussionen, wie die um Gendersternchen oder Symbole für Rassismus, Sexismus und (Nazi-)Diktatur sind hierfür nicht hilfreich, weil nur an der Oberfläche. Sie binden Energien, erzeugen aber nicht das erforderliche Ergebnis von mehr gemeinsamen Werten. Es muss vielmehr die explizite Diskussion um die dahintersteckenden Fragestellungen geführt werden, nämlich die um unsere gemeinsamen, gesellschaftlichen Basis-Werte, die in Zukunft unsere Identität als staatliche Gemeinschaft ausmachen und auch jedes Individuum in dieser Gemeinschaft prägen.

³Etwas ausführlicher, was darunter zu verstehen ist, in diesem kostenfreien Blogbeitrag

<https://t2informatik.de/blog/was-wir-von-raumschiff-enterprise-lernen-koennen/>

Und kostenpflichtig, sehr ausführlich hier

<https://www.projektmagazin.de/artikel/handlungsfahig-unvorhersehbar-subjektivierendes-handeln>

⁴ Für mehr diesbezügliche Information, s. die Ausführungen von Verena Kast in ihrem Buch „Wider Angst und Hass“

Eine solche Diskussion und Neuausrichtung braucht Zeit, die allerdings ist knapp. Um den rechtsextremen Tendenzen entgegen zu wirken, braucht es daher einen schnellen, ersten Schritt in Form einer Grenzsetzung „Was sind wir auf keinen Fall, welche Werte sind NICHT unsere“ und dabei ein klares NoGo für rechtsextreme Tendenzen, das Medien und demokratische Parteien gemeinsam vertreten und das auch in schwierigen Situationen wie nach der Wahl in Sonneberg oder Raguhn-Jeßnitz klar und deutlich sagen.

- Zum rechten Gedankengut gibt es eine Gegenbewegung, die sich oft im sog. Gutmenschentum zeigt. Eine unreflektierte Willkommenskultur oder die Gleichsetzung der Kritik an bestimmten Tendenzen in Israel mit Antisemitismus sind Beispiele dafür, die Diskussion verhindern und die weder medial noch durch Politik unterstützt werden sollten. Die Studie liefert zum Thema Antisemitismus Hinweise, wie Fragen formuliert sein können, ohne dass die obige Gleichsetzung passiert.
- Wir brauchen dringend eine gesellschaftliche und medial unterstützte Kampagne, die die positiven Aspekte unserer Demokratie und unseres Staates jenseits von „Weltmarktführer“ und Konsum bewirbt.
- Wir brauchen dringend Initiativen und Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung. Die Studie zeigt nicht unerwartet einen klaren Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und der Einstellung zu rechtsextremen Tendenzen auf. Gleichzeitig gibt es Hinweise auf mangelndes Wissen über die Gräueltaten der Nazis, zumindest sprechen einige Bewertungen dafür.
- Ein weiterer Ansatz zum Umgang mit Ungewissheit basiert auf den sog. Heldenreisen der Antike, vergleichbar auch mit den von mir so gerne beispielhaft genutzten Abenteuern der Enterprise (Star Trek, Staffel 1). In diesem Sinne brauchen wir Menschen, die sich auf neue Welten einlassen, die die damit verbundenen Abenteuer bewältigen und ihre Erfahrungen und ihr Erleben in die alte Welt transferieren.

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn diese „Helden“ gerade auch aus Kreisen der politischen Führung kämen, dann würde dieser Kreis tatsächlich dem Begriff der Elite gerecht werden. Aber „Helden“ dürfen auch gerne aus anderen Kreisen kommen, wichtig ist, dass ihr Erleben und ihre neuen Erfahrungen entsprechend kommuniziert werden. Dazu braucht es unsere mediale Landschaft, die dringender Reformen in dieser Richtung bedarf statt systemisch formuliert auf den Wandel mit „Mehr vom selben“ zu reagieren: Weg von der jahrzehntelang geübten journalistischen Kritikultur (die braucht es natürlich auch nur weniger) hin zu einer positiven Berichterstattung über neue und gute Erfahrungen, die zur Nachahmung animieren.

Ein Beispiel ist meines Erachtens die Sendereihe der ARD „Wir können auch anders“. Was wir brauchen sind viel mehr solcher Formate, mal als reine Dokumentationen, wie wir sie aus ARTE kennen, mal eben auch eher unterhaltsam aufgemacht wie diese Sendereihe.

- Medien und Politik müssen das WIR stärken, statt gegenseitige Ausgrenzung (Ausnahme hier die AfD). Ansonsten zerstören sie das ohnehin nicht allzu ausgeprägte, gegenseitige, innergesellschaftliche Vertrauen. Da Mensch nicht ohne WIR auskommt (die Neurobiologen sehen uns als gemeinschaftliche Wesen) wird ansonsten das von rechten Kreisen gerne genutzte Stammesdenken gefördert, das Fakenews impliziert (als subjektive Wahrheit im

Sinne des Stammes) und eine durchaus aggressive Ablehnung anderer Stämme beinhaltet.

- Die Studie weist daraufhin, dass in Krisenzeiten – und als solche darf die jetzige gelten – klare Richtungsvorgaben durchaus Akzeptanz finden. Gleichzeitig wird von denselben Personen die aus ihrer Sicht „grün-ideologische“ Vorgabe-Politik abgelehnt. Das ist ein demokratisches Dilemma und fördert rechte Tendenzen.

Dieses aufzulösen, sind wir alle gefordert, die unseren Umgang mit dem von uns verursachten Klimawandel und seinen Folgen aktiv gestalten wollen, um unser Überleben zu sichern.

Hierzu können z.B. Aufstellungsformate wie Tetralema bei der inhaltlichen Lösung helfen, ebenso hilft es, fundiert zu verstehen, was die Lebensrealität der Menschen ist⁵ (z.B. durch geeignete systemische Fragetechniken). Die Einführung neuer „Spielregeln“ der Gesellschaft ist bei aller Sympathie für Freiheit natürlich zwingend erforderlich, muss aber kommunikativ anders vermittelt werden. In allen diesen Punkten ist neben jedem Einzelnen natürlich auch die Politik als Vorreiter gefordert.

- Vor allem aber braucht es dringend einen Blick auf die Chancen der Veränderungen, die sich nicht nur auf „wir überleben wenigstens“ und „Deutschland kann im Klimawandel eine Führungsrolle übernehmen“ beschränken dürfen. Und es braucht dringend eine neue und attraktive Vision für unser Leben in der Zukunft. Ersteres kann kommunikativ durch Medien und Politik aber auch jeden Einzelnen bewegt werden, zweiteres ist ein zu moderierender, gesellschaftlicher Prozess.
- Für die Politik insgesamt ergibt sich aus all dem, dass sie in eine Art Projektleiterrolle gehen muss. Dazu gehören angemessenes Erwartungsmanagement, Vorbildfunktion, Visions-Arbeit, Umsetzungsplanung und -kontrolle und natürlich auch Kommunikation insgesamt und Vorbildfunktion. Keine leichte Rolle, aber eine, die Freude bereiten kann und die mit einem geänderten Machtverständnis einhergeht, das dem einer Demokratie sehr angemessen ist.

⁵ So gibt es nach meinem aktuellen Wissenstand im neuen GEG bei der einkommensabhängigen Förderung eine Obergrenze, die dem kleinen Mittelstand nicht hilft, da zu schmal definiert und ohne Staffelung. Hier zeigt sich meines Erachtens fehlendes Verständnis für gelebte Realitäten in Deutschland, gerade auch auf dem Land oder Erben von „Oma ihr klein Häuschen“.